

# mandatsmeldung.



SEPTEMBER  
2022

## INHALTE

Die flache Lernkurve der Ampel  
Michael Frieser, S. 1

Bayern vorn bei erneuerbaren Energien  
Sebastian Brehm, S. 2

Energiepolitik sorgt für Kopfschütteln  
Tobias Winkler, S. 2

Energiekrise bedroht Handwerk  
Karl Freller, S. 3

Im Dialog mit der Diakonie  
Barbara Regitz, S. 3

Starke Resolutionen für starkes Bayern  
Jochen Kohler, S. 4

Herbstklausur: Bayern zukunftsstark  
Hans Herold, S. 4



## DIE FLACHE LERNKURVE DER AMPEL

Liebe Mitglieder,  
liebe Freunde,

jetzt ist es also soweit. Die von der Union von Beginn an kritisierte Gasumlage kommt weg. Erst wurde sie gegen unseren Widerstand beschlossen, dann sollte sie Mehrwertsteuerfrei sein, bis die EU erwartungsgemäß ihr Veto einlegte und die Ampel stattdessen (wie von uns schon seit Monaten gefordert) die Mehrwertsteuer auf Gas senkte. Dann wurde Uniper verstaatlicht und noch immer hielt die Ampel an der handwerklich misslungenen Gasumlage fest. Noch letzte Woche fuhr Habeck im Plenum vollkommen aus der Haut und beschimpft uns als Muss-Weg-Opposition. Fünf Tage später erklärten Vertreter aller Ampel-Parteien geschlossen, dass die Gasumlage weg muss. Drei Tage darauf teilt der Bundeskanzler mit, was wir schon seit Monaten wissen: die Gasumlage wird nicht gebraucht. Dieser Zick-Zack-Kurs steht beispielhaft für die sprunghafte Energiepolitik der Ampel, die nicht nur wertvolle Wochen und Monate kostet, sondern die ohnehin vorhandene Verunsicherung bei privaten Haushalten und Unternehmen weiter antreibt. Hätte sich der Wirtschaftsminister nach dem 2. Stresstest direkt an die klaren Empfehlungen der Übertragungsnetzbetreiber gehalten, statt mit bangem Blick auf seine Parteibasis einen "Standby-Betrieb" für Atomkraftwerke zu erfinden, hätte er den AKW-Betreibern und dem Land die vierwöchige Hängepartie erspart. Dass der Groschen offenbar noch immer nicht gefallen ist, merkt man an der Tatsache, dass der notwendige Streckbetrieb des AKW Emsland dem niedersächsischen Wahlkampf zum Opfer fällt. Es wäre schön, wenn sich die Ampel unseren weiteren Forderungen - so zum Beispiel die Abschaffung des unsäglichen Biogasdeckels - schneller anschließen könnten. Der Winter steht vor der Tür und wir haben keine Zeit mehr für monatelanges Hin und Her.

Eine gute Nachricht für Nürnberg zum Schluss: Für die geplante Einrichtung von Ermöglichungsräumen für Kunst und Kultur in der Kongresshalle am ehemaligen Reichsparteitagsgelände erhält Nürnberg 20 Millionen Euro auf Bundesmitteln. Das hat der Haushaltsausschuss des Bundestages gestern beschlossen. Eines der größten Baurelikte der NS-Diktatur wird ein Ort für die zeitgenössischen Künste und Kulturen. Ohne die Mittel des Bundes wäre der Umbau aktuell nicht zu stemmen!

Herzliche Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach

*„Nun musste das Wirtschaftsministerium eingestehen, dass Bayern der größte Stromproduzent bei den Erneuerbaren ist.“*

**Sebastian Brehm**  
MdB Nürnberg-Nord  
[Website](#)



## BAYERN VORN BEI ERNEUERBAREN ENERGIEN

Die CSU musste sich im vergangenen Monat Vorwürfe von Rot, Grün und Gelb anhören, dass Bayern ein Bremsklotz der Energiewende sei. Nun musste das Wirtschaftsministerium von Robert Habeck eingestehen, dass der Freistaat der mit Abstand größte Stromproduzent bei den Erneuerbaren Energien ist. Mit einer installierten Leistung von fast 21.900 Megawatt aus Biomasse, Solar, Wind und Geothermie lag Bayern zur Jahresmitte deutlich vor Niedersachsen mit gut 19.300 Megawatt. Auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Freistaat Spitze. Im ersten Halbjahr 2022 wurden in Bayern Anlagen mit einer Gesamtleistung von 1.181,5 Megawatt neu installiert und damit mehr in jedem anderen Bundesland. Damit entlarvt ausgerechnet das grüngeführte Bundeswirtschaftsministerium die anhaltenden Vorwürfe aus den Reihen von SPD und Grünen, Bayern vernachlässige den Ausbau erneuerbarer Energien, als falsch. Erneuerbare Energien sind eben mehr als Windkraftwerke und die Bedeutung erneuerbarer Energien für eine Region misst sich nicht an der Zahl der Windanlagen. Die Union konnte beim Thema erneuerbare Energie im Bundestag zudem auch noch einen Erfolg erzielen. Nachdem CDU und CSU immer wieder gedrängt haben, hat die Ampel die Deckelung der Stromproduktion aus Biogas aufgegeben. Es ist bedauerlich, dass sich die Ampel solange gegen diesen Schritt gesträubt hat. Denn im Biogas schlummert gerade in den Agrarregionen ein ungeheures Potenzial für die örtliche Energie- und Wärmeversorgung. Das Ende der Biogas-Deckelung ist deshalb die große Chance für einen beträchtlichen Investitionsschub.

*„In der Energiepolitik mangelt es der Ampel schlicht an Solidarität.“*

**Tobias Winkler**  
MdB Fürth  
[Website](#)



## ENERGIEPOLITIK SORGT IN EUROPA FÜR KOPFSCHÜTTELN

Seit Wochen streiten sich Robert Habeck und Christian Lindner über unsere Energiepolitik. Das Hin und Her bei Atomkraft, Gasumlage oder Energiepauschale verunsichert aber nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern schadet auch unserem Ansehen in Europa. Vor dem russischen Überfall auf die Ukraine wurden unsere Nachbarn von Grünen und SPD noch hochmütig verteufelt, die Franzosen für ihren Atomstrom, die Niederländer für das Fracking und die Polen für ihre Kohleverstromung. Hochmut kommt vor dem Fall – jetzt sind wir plötzlich auf diese Länder angewiesen. Jenseits der Grenzen wundert man sich, dass wir trotz der Krise unsere eigenen Möglichkeiten nicht ausnutzen. Als CSU-Landesgruppe haben wir eine Vielzahl an Maßnahmen vorgeschlagen, die von SPD, Grünen und FDP nicht oder nur verspätet umgesetzt werden: Die drei Kernkraftwerke begrenzt weiterlaufen lassen, den Biogasdeckel anheben und Kohlekraftwerke ans Netz nehmen. Zur Entlastung zusätzlich einen Basispreis für die Energiegrundversorgung (75% des Vorjahresverbrauchs zum alten Preis), eine höhere Pendlerpauschale und Gas aus der merit-order-Strompreisbildung rausnehmen. Überfällig sind auch Stützungsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen, Selbständige und Vereine. In der Energiepolitik mangelt es der Ampel schlicht an Solidarität. Die anderen sollen unsere Energie produzieren, während wir uns nicht die Finger schmutzig machen. Der Gipfel der Absurdität: Das Kernkraftwerk Emsland wird wegen der Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober abgeschaltet und durch schwerölbetriebene LNG-Schiffsterminals ersetzt. Das senkt weder den Strompreis, noch hilft es der Umwelt, aber es rettet den Grünen ein paar Stimmen.

*„Wenn Strom pro Monat so viel kostet wie bisher in einem Jahr, droht eine gewaltige Pleitewelle!“*

Karl Freller  
MdL Nürnberg-Süd  
[Website](#)



## ENERGIEKRISE BEDROHT UNSERE HANDWERKSBEREIBE

Nach den letzten Pandemie-Jahren sehen wir uns nun mit einem Krieg in Europa und dadurch drohenden Kostensteigerungen und Engpässen in der Energieversorgung von erheblichem Ausmaß konfrontiert. Neben den großen energie- und handelsintensiven Unternehmen fürchten gerade auch kleine und mittelständische Unternehmen und Betriebe, dass sie die drohenden Energiekostensteigerungen nicht ohne staatliche Hilfen stemmen können. Unsere Handwerksbetriebe sichern Arbeitsplätze auch in kleinen Gemeinden und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln. Zudem stellen diese Betriebe Ausbildungsplätze bereit. Sollten durch die Energiekrise zahlreiche dieser Betriebe zur Geschäftsaufgabe gezwungen werden, wäre das sicherlich ein großer und nicht ausgleichender Verlust für viele Regionen in Bayern. Vor einigen Tagen besuchte ich einen alt eingesessenen Bäckereibetrieb in Schwabach. Der Besitzer erzählte mir, dass sich der Strompreis ab dem neuen Jahr von sechs Cent auf 53 Cent pro Kilowattstunde, erhöhen wird. Das bedeutet für den Betrieb (ohne Filialen) monatliche Mehrkosten von 10.000 Euro. Ob Bäcker, Metzger oder Einzelhändler: Wenn sie für den Strom künftig in einem Monat so viel zahlen müssen wie bisher in einem Jahr, dann droht eine gewaltige Pleitewelle das Land zu überrollen. Wir müssen den Handwerksbetrieben ein Fortbestehen sichern und sie in dieser schweren Zeit unterstützen! Vor allem: Die drei deutschen AKWs vorerst weiterlaufen lassen und mit neuen Brennstäben bestücken. Denn ausbaden muss es am Ende jeder einzelne Verbraucher, und vor jedem einzelnen Verbraucher das Lebensmittelhandwerk vor Ort.

*„Nicht schönreden, sondern hinschauen und handeln!“*

Barbara Regitz  
MdL Nürnberg-Nord  
[Website](#)



## IM DIALOG MIT DER DIAKONIE

In meinem Stimmkreis ist die Geschäftsstelle des Diakonischen Werks Bayern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Dort traf ich zum Gespräch Sandra Schuhmann, Mitglied des Vorstands, verantwortlich für die Bereiche Gesundheit und Teilhabe. Sie informierte mich u.a. über das von der Diakonie mit Hilfe von Mitteln der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern entwickelte "Springerkonzept". Der Einsatz von eigens für kurzfristige Personalengpässe vorgesehenen Springerkräften ist nach ihrer Einschätzung ein Baustein, um die Rahmenbedingungen in der Altenpflege nachhaltig zu verbessern. Diesen Schluss lasse ein dreijähriges Pilotprojekt in fünf ambulanten und sechs stationären Einrichtungen eindeutig zu, so Schuhmann. Das Projekt könnte nach Einschätzung der Diakonie deutschlandweit als Blaupause dienen. Kernpunkt war, dass die Einrichtungen auf eigens dafür vorgehaltene Springerschichten, -kräfte oder eine Gruppe von Springern zugreifen konnten, wenn etwa aufgrund von Krankheit eine Pflegekraft kurzfristig ausgefallen war. Laut Schuhmann sind die Erfolge eine um bis zu 40% gesunkene Krankheitsquote, ein Rückgang der Überstunden um bis zu 66% und eine Steigerung der Arbeitszufriedenheit. Ich finde diesen Ansatz, dass jede Einrichtung auf einzelne Springerkräfte oder Springerpools zurückgreifen kann, sehr gut. Gerade für Alleinerziehende resultiert daraus eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Motto der Diakonie Bayern gefällt mir: Nicht schönreden, sondern hinschauen und handeln! Das entspricht auch meiner Einstellung, wie ich Politik mache.



**"Die Ampel in Berlin darf Bayern nicht vernachlässigen!"**

**Jochen Kohler**  
MdL Nürnberg-West  
[Website](#)



## STARKE RESOLUTIONEN FÜR EIN STARKES BAYERN

Im September fand unsere Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz statt. In diesen stürmischen Zeiten ist es wichtig, dass Bayern auch weiterhin konkurrenzfähig bleibt. Daher wurden mehrere Resolutionen verabschiedet, um Bayern auch weiterhin einen Spitzenplatz in der Bundesrepublik zu garantieren. Die erste Resolution befasst sich mit der Energiekrise. Oberste Priorität hat in dieser die Versorgungssicherheit der Bürger und der Betriebe. Die CSU fordert sofortiges und ordnungspolitisches Handeln, eine Energiepreislösung und die Senkung von Steuern auf Energie auf das europäische Mindestmaß. Die Mittelschicht muss entlastet und der Mittelstand unterstützt werden. In einer zweiten Resolution soll dem Fachkräftemangel begegnet werden. Hierzu gehört auch die Stärkung des Handwerks und weiterhin, dass sich die Arbeit für den einzelnen lohnen muss. Dies bietet viele Chancen, welche es zu nutzen gilt. Da in der aktuellen Krise in der Ukraine die Versorgung mit Lebensmitteln nicht mehr selbstverständlich ist, müssen unsere Landwirte unterstützt werden. Sie tragen maßgeblich zur Ernährungssicherheit bei. Mit zahlreichen Maßnahmen sollen bürokratische Hürden abgebaut werden und vor allem soll es zu keinen weiteren Belastungen für die Landwirtschaft in Bayern kommen. In Kloster Banz wurden viele Weichen für ein starkes Bayern gestellt. Aber auch auf Bundesebene ist die CSU ein Garant dafür, dass Bayerns Interessen gehört werden und nicht zu kurz kommen.

**"Als CSU-Landtagsfraktion stehen wir fest an der Seite der Bürger."**

**Hans Herold**  
MdL Fürth-Land  
[Website](#)



## BAYERN ZUKUNFTSSTARK

September ist Klausurzeit. Erstmals seit 2019 haben wir uns als CSU-Landtagsfraktion zu unserer traditionellen Herbstklausur wieder auf Kloster Banz getroffen. Neben dem Politischen Bericht von Fraktionschef Thomas Kreuzer und der Grundsatzrede von Ministerpräsident Dr. Markus Söder haben wir mit zahlreichen Gastrednern zu aktuellen Themen diskutiert: Was muss getan werden, um Versorgungssicherheit herzustellen? Denn die bisher beschlossenen Maßnahmen der Ampel-Regierung sind wirtschafts- und energiepolitisch unzureichend und benachteiligen die Menschen im ländlichen Raum. Wie begegnen wir dem Fachkräftemangel und fördern das Handwerk? Wichtig ist uns, die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung hervorzuheben. In Bayern setzen wir mit dem Meisterbonus, dem Aufstiegs-BAföG und dem Meisterpreis gezielt Anreize für die Weiterbildung beruflich qualifizierter Fachkräfte. Auf Bundesebene fordern wir eine Weiterentwicklung der Fortbildungsförderung, um berufliche Bildung noch attraktiver zu gestalten. Auch den Agrarstandort Bayern mit unseren Bauern haben wir im Blick. Wir machen uns auch in Zukunft stark für die bäuerliche Landwirtschaft, denn es sind unsere Landwirtinnen und Landwirte, die für Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit sorgen, uns mit Holz als Energieträger versorgen und die ländlichen Räume vital halten. Neben Resolutionen zu oben genannten Themen haben wir uns auch intensiv mit Gesundheit und Klimaschutz beschäftigt. Alle Resolutionen und Infos zu unserer Klausur finden Sie [hier](#).